

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

45. Sitzung

am Donnerstag, dem 28. Juni 2001, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

in Vertretung von Günter Neugebauer

Hans-Jörn Arp (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

in Vertretung von Wolfgang Kubicki

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Reinhard Sager (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Sachstandsbericht des Ministeriums für Finanzen und Energie über die Veräußerung der LEG-Anteile (nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV und § 17 Abs. 1 Satz 3 GO) - Fortsetzung der Beratung vom 14. Juni 2001 -	4
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 15/578	6
3. Einwilligung des Finanzausschusses in die Errichtung und Finanzierung sowie die Betreuung eines Erweiterungsbaues bzw. der Gesamtliegenschaft auf dem Grundstück Herzog-Adolf-Straße 1 in Husum durch Dritte Vorlage des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus Umdruck 15/1157	7
4. Vergabe der Verkehrsleistungen als Ersatz für wegfallende Fernverkehrsleistungen Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Umdruck 15/1186	8
5. Sachstandsbericht des Innenministers über Leasing von Polizeidienstfahrzeugen	9
6. Antrag auf Entsperrung von 500.000 DM bei Titel 1002-684 07 - MG 04 (Verbraucherzentrale) Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1184	10
7. Information/Kenntnisnahme	11
8. Verschiedenes	12

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht des Ministeriums für Finanzen und Energie über die Veräußerung der LEG-Anteile

(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV und § 17 Abs. 1 Satz 3 GO)

- Fortsetzung der Beratung vom 14. Juni 2001 -

Der Ausschuss bestätigt zunächst den Beschluss vom 14. Juni 2001, diesen Tagesordnungspunkt in nicht öffentlicher und für vertraulich erklärter Sitzung zu beraten.

Abg. Gröpel führt aus, dass die Landesregierung nach Auffassung der SPD mit dem vorgelegten Vertragswerk ein optimales Ergebnis erzielt habe. Alle Fragen seien hinreichend beantwortet und weiterer Beratungsbedarf bestehe nicht.

Abg. Dr. Klug merkt an, dass sich die FDP in ihrer Kritik insbesondere durch die Darstellung des Landesrechnungshofs bestätigt sehe. Aus den Vorschlägen der Landesregierung resultierten erhebliche Nachteile für das Land.

Abg. Fuß erinnert daran, dass die Landesregierung auf der Basis eines Landtagsbeschlusses tätig geworden sei. Aus diesem Grund empfehle er, die Stellungnahme des Landesrechnungshofs nicht zur Grundlage eines Beschlusses zu machen. Abg. Gröpel hält es für angebracht, dass sich der Landesrechnungshof mit seiner Kritik an den politischen Vorgaben zurücknimmt.

Abg. Heinold äußert den Wunsch, beim Beirat eine andere Form des Controlling durch das Parlament sicherzustellen. Abg. Gröpel plädiert dafür, eine parlamentarische Kontrollfunktion zu gewährleisten. Abg. Astrup greift eine Bemerkung des Abg. Dr. Klug auf und stellt heraus, dass auch der SPD an einer parlamentarischen Begleitung - nicht einem Controlling - gelegen sei. - St Döring kündigt einen entsprechenden Vorschlag an.

Abg. Wiegard erklärt, die CDU akzeptiere durchaus unterschiedliche politische Auffassungen. Grundlage ihrer Kritik seien die politischen Vorgaben und die Haushaltslage des Landes. Die CDU beantrage deshalb, das ganze Konvolut der Vorlagen zur Kenntnis zu nehmen und auf dieser Basis den Vertragsvollzug auszusetzen, die LEG in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln und die vollständige Veräußerung des Unternehmens zu betreiben mit der Maßgabe, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Aktien den derzeitigen Wohnungsbesitzern angeboten wird. - Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Das Vertragswerk wird von den Koalitionsfraktionen zustimmend zur Kenntnis genommen; die Oppositionsfraktionen nehmen das Vertragswerk zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/578

(überwiesen am 14. Dezember 2000 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss)

Abg. Fuß führt aus, nach Einschätzung der SPD sei in der bisherigen Diskussion und in der Anhörung deutlich geworden, dass das Gesetz letztlich zum Schaden der Sparkassen und mittelbar auch der Landesbank wäre; die Koalitionsfraktionen stünden dem Gesetzentwurf deshalb ablehnend gegenüber.

Abg. Arp wirft ein, dass der federführende Innen- und Rechtsausschuss wegen Beratungsbedarfs dieses Thema von der Tagesordnung der gestrigen Sitzung genommen habe. Der Finanzausschuss sollte deshalb eine Entscheidung über den Gesetzentwurf ebenfalls vertagen. Abg. Astrup plädiert - unterstützt von Abg. Heinold - für eine Entscheidung in der heutigen Sitzung, da der Finanzausschuss keinen Beratungsbedarf mehr habe.

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

Abg. Astrup zeigt sich erstaunt darüber, dass sich die CDU bei der Abstimmung der Stimme enthalten habe, obwohl sie doch öffentlich erklärt habe, dass sie den Gesetzentwurf der FDP nicht befürworte. Abg. Wiegard führt aus, Abg. Kubicki habe den Gesetzentwurf bei der Einbringung als „Motor“ für eine anstehende Entscheidung bezeichnet. Er vermöge deshalb nicht die Notwendigkeit zu erkennen, unbedingt in der heutigen Sitzung eine Entscheidung herbeizuführen. Die CDU werde einen Antrag zu diesem Sachverhalt einbringen, der ihre Position deutlich mache.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Einwilligung des Finanzausschusses in die Errichtung und Finanzierung sowie die Betreibung eines Erweiterungsbaues bzw. der Gesamtliegenschaft auf dem Grundstück Herzog-Adolf-Straße 1 in Husum durch Dritte

Vorlage des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Umdruck 15/1157

Die Vorsitzende erklärt, dass die SPD noch Beratungsbedarf habe. - Die Entscheidung wird vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Vergabe der Verkehrsleistungen als Ersatz für wegfallende Fernverkehrsleistungen

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Umdruck 15/1186

Die Vorlage wird einstimmig gebilligt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht des Innenministers über Leasing von Polizeidienstfahrzeugen

M Buß gibt einen Bericht über die Kfz-Beschaffung der Landespolizei Schleswig-Holstein für 2001 bis 2004 unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeitsberechnung, Umdruck 15/1232, und der gesonderten Betrachtung zu einem Full-Leasing, Umdruck 15/1233.

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis und spricht die Erwartung einer unverzüglichen Umsetzung aus.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Antrag auf Entsperrung von 500.000 DM bei Titel 1002-684 07 - MG 04
(Verbraucherzentrale)**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1184

Die Vorsitzende erklärt, dass die SPD noch Beratungsbedarf habe. - Die Entscheidung wird vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuss nimmt die folgenden Vorlagen zur Kenntnis:

Umdruck 15/1116 - Berichtswunsch Epl 06

Umdruck 15/1174 - SHMF

Umdruck 15/1181 - Firma Osten & Brandt - Runder Tisch

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Wiegard erinnert die Landesregierung an den Auftrag des Finanzausschusses, die finanziellen Konsequenzen der **Förderung des Ehrenamtes** aufzuzeigen.

- b) Abg. Wiegard bittet um eine Übersicht über **EU- und Bundeszuschüsse**, die an die Bereitstellung von **Landeskomplementärmitteln** gekoppelt sind.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. R. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer